



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 386 890

Z/XV/156 - 13. Juli 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

| | | |
|-------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 1 | <u>Kein "Feinddenken" in der Demokratie!</u> Zum Stil der politischen Auseinandersetzungen | 36 |
| 2 - 3 | <u>Der Kongo und seine Armee</u> Erste Meuterei 1895 - Hintergründe des Aufstandes der Truppe Von Dieter Strupp | 66 |
| 4 | <u>Kubanisches Tief</u> Gerät Lateinamerika in Bewegung? | 39 |
| 5 - 6 | <u>Ungebetene SED-Delegationen</u> Polizeiliche Gewaltanwendung - keine richtige Methode | 70 |

Zur Beachtung:

In der nächsten Ausgabe unseres Pressedienstes
veröffentlichen wir einen Artikel der Bundestags-
abgeordneter Helene W e s s e l :

"Kinder und Jugendliche in den Familien der Bundesrepublik"

Kein "Feinddenken" in der Demokratie!

Zum Stil der politischen Auseinandersetzungen

sp - Jedesmal, wenn junge Menschen über politische Fragen diskutieren, kommt bestimmt zum Ausdruck, daß Meinungsverschiedenheiten nicht vom "Feindstandpunkt" aus, sondern auf der Grundlage der Anerkennung des guten Willens eines Andersdenkenden ausgetragen werden sollten. Das ist ein sehr erfreuliches Zeichen für die Aufgeschlossenheit der jungen Generation. Die Zeiten sind vorüber, in denen man im politischen Gegner den "Feind" erblickte, da heute jedermann in unserem Lande weiß, daß im Grunde genommen alle politischen Parteien die Demokratie als die Basis ihrer Wirkungsmöglichkeiten betrachten.

Vor dreißig Jahren war das anders. Damals gab es Parteien, die nicht nur zur jeweiligen Regierung, sondern zum demokratischen Staat selbst in Opposition standen. Die Folge der veränderten Einstellung, besonders der jungen Generation zum Staat, ist ein immer drängenderes Verlangen nach objektiver Information und nach sachlicher Austragung von Meinungsverschiedenheiten.

Kürzlich wurde in einer Sendung des Deutschen Fernsehens von allen befragten jungen Menschen erklärt, sie wünschten, daß der Staat mehr als bisher für ihre politische Bildung tue. Gleichzeitig lehnten sie jedoch die einseitige Darstellung des Geschehens ab.

Gewiß schließt all' dies nicht aus, daß besonders in kritischen Situationen die Austragung der Meinungsverschiedenheiten zwischen demokratischen Parteien so klar und eindeutig wie möglich erfolgt. In der ständigen Auseinandersetzung über den besseren Weg müssen sich die Demokratie und die politische Reife des Staatsbürgers bewähren. Die erzwungene Gleichschaltung des Denkens oder gar die künstliche Verwischung von natürlichen Gegensätzen und Meinungsverschiedenheiten wären der Tod der Demokratie.

Nur die Feinde der deutschen Demokratie haben ein Interesse daran, daß die hier dargestellten Prinzipien einer demokratischen Auseinandersetzung sich nicht durchsetzen. Sie wollen die Spaltung der Nation, um ihre Ziele, die nicht demokratisch sind, besser erreichen zu können. Hierbei handelt es sich nicht nur um die Kommunisten; auch andere politische Kräfte würden es lieber sehen, wenn die Demokratie geschwächt wird.

Deshalb wird die Deutsche Sozialdemokratie entschlossen den Kampf um die Versachlichung der deutschen Politik führen. Sie weiß, daß sie damit der Nation dient.

Der Kongo und seine Armee

Von Dieter Strupp

Man weiß wenig in Europa von der Armee des Kongo. Fast alle Nachrichten über die Meuterei kongolesischer Soldaten werden nur in Zusammenhang mit den jüngsten politischen Ereignissen im Kongo, mit der Gewinnung der Unabhängigkeit dieses Staates, gebracht. Und doch sind die alarmierenden Vorgänge im ehemaligen Belgisch-Kongo nicht einmalig. Auch hier trifft die Weisheit des alten Ben Akiba zu: Es ist alles schon einmal dagewesen.

Eine Woche nach der Souveränitätsübertragung an Indonesien im Jahre 1949 marschierte der holländische Hauptmann Westerling mit einer Eingekoronenarmee auf Djakarta. Er eroberte Bandung und terrorisierte die Bevölkerung. In Ambon, zur Inselgruppe der Molukken gehörend, bildete sich eine unabhängige Republik, die in Opposition zu Staatspräsident Sukarno stand. Auch hier Massenschlucht der Holländer in die Heimat ...

Wie ist die kongolesische Armee organisiert? Ist sie ein zuverlässiges Instrument des jungen Staates? Das ist zu verneinen, denn es gibt bis zur Stunde keine kongolesischen Offiziere. Zwanzig Offiziersanwärter studieren zur Zeit auf belgischen Militärakademien. Nach den letzten Mitteilungen offizieller Stellen in der belgischen Hauptstadt bestand die Wehrmacht vor der Meuterei aus 2 006 Offizieren belgischer Nationalität und 23 070 Mann kongolesischer Nationalität. Diese Armee, die sich von ihren belgischen Führern lossagte, umfasst drei Gruppen: eine selbständige Brigade, eine Verteidigungseinheit für den unteren Kongo mit Küstenbatterien sowie Luft- und Kommandoeinheiten. Die Hauptbasis befindet sich in Leopoldville. Eine Schule und die Transporteinheiten liegen in Lubusburg. Ausserdem bewacht eine Truppeneinheit die Uranminen von Katanga, die kürzlich ihre Arbeit eingestellt haben. Die Dienstzeit der Wehrmachtangehörigen beträgt sieben Jahre. Diese kongolesische Armee ist keine Schöpfung unserer Tage. Sie besteht bereits 70 Jahre und wurde 1885 auf Befehl König Leopolds II. eingerichtet.

Während zunächst junge eingeborene Männer aus anderen belgischen Hoheitsgebieten in Afrika für den Dienst im Kongcheer angeworben wurden, konnten sich später auch Kongolesen für den Dienst in der Armee melden. Damit brach für die Truppe in der grössten belgischen Kolonie die Zeit der Unsicherheit an.

Die jetzt ausgebrochenen Meutereien im Kongo sind nicht die ersten der früheren Kolonialarmee. 1895 meuterte die Truppe zum erstenmal. Sie protestierte damit gegen die Erschiessung des Häuptlings des Batetelastammes, der einen weissen Offizier beleidigt hatte. Der Aufstand wurde zwar unterdrückt, jedoch schwelte das Feuer des Widerstandes weiter. Bis 1901 fielen zahlreiche belgische Offiziere den Aktionen ihrer Untergebenen zum Opfer. 1908 wurde die Truppe verstärkt und kämpfte im ersten Weltkrieg gegen deutsche Truppen in Ost-Afrika, Während des zweiten Weltkrieges war die Kongoarmee in Ägypten und Abessinien eingesetzt. Im Jahre 1944 brach ein Aufstand unter den Unteroffizieren und Mannschaften der Armee aus. In Luluaburg wurden eine Anzahl europäischer Offiziere, aber auch Eingeborene getötet. Grund dieser Meuterei: im Kolonialdienst unerfahrene Offiziere übernahmen Schlüsselpositionen im Kongo. Es fehlte das notwendige Fingerspitzengefühl bei der Behandlung afrikanischer Truppen. Im Jahre 1959 indes, in der letzten Phase vor der Unabhängigkeit des Kongo, wurde die Armee zur Unterdrückung nationalistischer Aufstände eingesetzt. Die eingeborenen Soldaten wurden gezwungen, gegen ihre eigenen Stammesgenossen vorzugehen.

Kongo - ein junger Staat in seinen Geburtswehen, erlebt jetzt die Meuterei der Kongoarmee gegen die weissen Offiziere, die sich fast alle bereit erklärt hatten, im Kongo zu bleiben, um die Armee auszubilden. Wen konnte es da wundern, dass die Soldaten eines freien Landes den Befehl verweigerten, wenn dieselben Vorgesetzten, die sie noch vor Jahresfrist gegen ihr eigenes Volk in den Kampf schickten, weiterhin die Macht behalten wollten? Das Anliegen der Kongoarmee nach grösserer Freiheit ist verständlich. Die Methode, mit der sie angestrebt wird, hat zu einem Chaos geführt, zu einem Chaos, dessen Opfer den Weg des Flüchtlingsschicksals gehen müssen.

Kubanisches Tief

E.D. - Die Beziehungen Kubas zu den Vereinigten Staaten haben eine solche Verschlechterung erfahren, daß eingeweihte Kreise in der amerikanischen Hauptstadt mehr als besorgt sind. Mehr noch als die "Warnung" des sowjetischen Ministerpräsidenten, die "Freiheit" der Insel notfalls mit Raketen zu wahren, dürften die Stellungnahmen einflußreicher mexikanischer Politiker in Washington die Alarmstufe I für das Karibische Meer ausgelöst haben. Es hat den Anschein, als wollten sich eine Reihe mittel- und südamerikanischer Länder zumindest in der Sphäre der politischen Emotion mit den Aktionen Fidel Castros und seines Regimes identifizieren. Zwar ist es klar, daß im Ernstfall die USA wohl in der Lage wären, ihre strategischen und politischen Interessen an ihrer "Hintertür" zu verteidigen, dies könnte aber auf lange Sicht hin zu einem Bumerang werden, der nur der einen Seite, nicht aber Washington - und damit dem Westen - nützen würde.

Es ist fast eine Ironie der Geschichte, daß jener Mann, der noch vor zwei Jahren eine Reputation von großem Ausmaß nicht nur bei den Verantwortlichen der USA, sondern weit darüber hinaus in der nordamerikanischen Öffentlichkeit genoß, heute sozusagen als "Feind Nr. 1" der Sicherheit der Vereinigten Staaten in Mittelamerika gilt. Man mag heute über die Fehler der Vergangenheit streiten - natürlich war die einstige Lateinamerika-Politik Washingtons zur Zeit eines Dulles nicht gerade ein Meisterstück der Diplomatie -, sicher ist aber auch, daß Dr. Castro nicht jener jugendliche Held ist, als der er vielen damals zur Zeit seines Kampfes gegen Kubas Diktator Battista erschienen ist. Denn sonst wäre nicht auch in eigenen Lagern und unter den Männern, die von 1956 an seine treuesten Kampfgefährten waren, die Stimmung umgeschlagen.

Gewiß wäre es übertrieben, schon jetzt Kuba als ein Bollwerk des Kommunismus in Mittelamerika zu bezeichnen, aber die Anzeichen lassen sich nicht verheimlichen, daß die Kommunisten eine Reihe Posten besetzt haben, die wichtig, ja entscheidend sein würden, käme es zu einer Kraftprobe zwischen ihnen und den kubanischen Nationalisten. Ebenso deutlich sollte man aussprechen, daß die USA aus Gründen ihrer wie der westlichen Sicherheit nicht gerade mit offenen Augen zusehen können, wie vielleicht die "Zuckerinsel" langsam aber sicher in die Hände von Chruschtschows Getreuen gleiten würde.

Zur Stunde ist es einfach eine Frage der Mittel, wie dies zu verhindern ist, ohne daß Moskau die Möglichkeit hat, als der "Beschützer" der Freiheit Kubas und seiner Nachbarn aufzutreten. Das Tief in der kubanischen Politik könnte sonst leicht zu einer Sturmflut in der westlichen Hemisphäre werden.

Ungebetene SED-Delegationen

U.D. Kaum eine Veranstaltung mit einigermaßen Bedeutung geht in Westdeutschland über die Bühne, ohne dass eine Sowjetzonen-Delegation ungebeten Einlass heischt. So geschah es bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Ansbach, bei der Kommunalpolitischen Konferenz der SPD in Kehlheim und bei dem Jahreskongress der Industrie-Gewerkschaft Bergbau in Dortmund, um nur einige grosse Versammlungen der letzten Wochen zu nennen. Überall standen sie draussen vor der Tür, die Abgeordneten Ulbrichts, je nach Anlass als Kommunalpolitiker oder als Bergarbeiter ausgestattet. Ihr Sprüchlein, das sie vorzubringen hatten, war hingegen immer dasselbe.

So, wie sie erschienen, sind sie behandelt worden, als ungebetene Gäste nämlich. Ohne viel Aufsehen, aber unmissverständlich, ist ihnen die Tür gewiesen worden und konnten sie ihr Redetalent an denen erproben, die ihnen zufällig ausserhalb des Versammlungslokals über den Weg liefern.

So weit, so gut. In diesen Tagen nun hat der Innenminister eines Bundeslandes die Polizei angewiesen, Delegationen aus der Zone möglichst umgehend an die Grenze zurückzubringen. Es scheint, dieser Minister hat den Grund, weswegen Delegationen der SED von den Veranstaltern politischer Kongresse abgewiesen werden, missverstanden.

Kein Mensch wird im Ernst vermuten, die Delegierten etwa des Städtetages, einer SPD-Konferenz oder der Bergbaugewerkschaft bedürften gewaltsam verordneter Enthaltensamkeit gegenüber kommunistischen Redern, weil andernfalls sie der Versuchung anheimfallen könnten, sich mit den Emissären Ulbrichts zu verfeinden. Der Grund für ihren Hinauswurf ist schlicht und einfach die gebotene Selbstachtung, die demokratische Politiker davon abhält, sich in ihrem Tagewerk von Leuten stören zu lassen, die bei sich zu Hause weder kommunale Selbstverwaltung noch freie Gewerkschaften oder was immer gerade an der Reihe ist, kennen. Ihre Argumente indes bräuchte keiner zu fürchten.

Gerade dieser Eindruck aber muss entstehen, wenn die Polizei die von jenseits der Zonengrenze Herangerasteten mit Gewalt wieder zurückschickt, gerade so, als wären sie Träger ansteckender Krankheiten, die schnellstens in Quarantäne gehörten. Damit kein Missverständnis aufkommt,

sei es wiederholt: Kongresse demokratischer Organisationen dürfen keine Bühne für Propagandisten totalitärer Ideologien sein. Aber zwischen dem privaten Hausrecht und der Ausweisung aus dem Lande überhaupt besteht ein Unterschied.

Wenn es ein Volk in Europa gibt, das gegen kommunistische Einflüsse immun ist, dann sind dies die Menschen unseres Landes. Sie wissen es zu ertragen, wenn Funktionäre der Zone mit ihnen im Hotel oder in der Eisenbahn ins Gespräch kommen und sie von den Errungenschaften drüber zu überzeugen suchen. Was tut es, wenn die auf Veranstaltungen abgewiesenen Delegationen im bundesrepublikanischen Alltag die Meinung des Mannes von der Strasse über Ulbricht zu Ohren bekommen? Müssten wir uns nicht geradezu wünschen, dass ihre Mission sie umgekehrt an dem Glauben zweifeln macht, in Westdeutschland erwarte jemand das Heil von der SED?

Uns tut die Abkehr vom Palisadendenken not, das Schutz vor der östlichen Ideologie durch KPD-Verbot und Polizei erwartet, statt durch selbstbewusstes Denken freier Bürger. Man kann einem Volk nicht dauernd Komplimente machen für das Niederstirnen radikaler Parteien bei jeder Art von Wahlen, wenn man diesen Wählern nicht auch im Alltag vertraut. Der Bundestag und die Bundesregierung haben dutzende Male die Herstellung des ungehinderten Personenverkehrs zwischen beiden Teilen Deutschlands gefordert. Würde ihr die Regierung der Zone nicht bis heute verhindert haben, so müssten wir uns täglich mit hunderten solcher Delegationen im Westen Deutschlands abfinden und würden wir sie ausweisen, so wäre es der Westen, der den Interzonenverkehr unterdrückte.

Wo Delegationen der SED durch Anwerbung von Agenten, Ausspähung von Staatsgeheimnissen oder anderen, im Strafgesetzbuch enthaltenen Delikten zu polizeilicher Aktivität Anlass geben, sollen Staatsanwalt und Richter ihres Amtes walten. Sie bürgen für ein geordnetes Verfahren, das der Rechtsstaat auch seinen Feinden schuldig ist. Die Abschiebung über die Grenze aber, die zudem durch keinen Spruch eines Richters gedeckt ist, findet in keinem Gesetz der Bundesrepublik ihre Stütze. Sie ist ein Requisit des Fremdenrechts, mit dem sich Staaten gegen die Einreise unerwünschter Ausländer schützen.

Wir sollten uns Mühen, von uns aus an der Zwei-Staaten-Doktrin mitzuarbeiten.

+ + +